

Auf die Option der Isolierung sollte der Westen nicht gänzlich verzichten

Kann Russland europäisch werden?

Wolfgang Pfeiler

Seit dem Zerfall der Sowjetunion, seit 1991 also, gibt es sowohl in Russland als auch in der westlichen Welt bei einem großen Teil der Eliten die Debatte, ob und wie Russland in die euro-atlantischen und europäischen Institutionen eingebunden werden könne. Und wenn schon eine Einbindung auf eine Vielzahl objektiver und subjektiver Hindernisse stößt, so wäre doch zumindest eine Anbindung denkbar. Auf jeden Fall war man sich weithin einig darüber, dass eine künftige europäische Sicherheitsstruktur auf die russländische Mitwirkung nicht verzichten könne. Auf die Dauer sei Stabilität in Europa nur mit, nicht ohne und schon gar nicht gegen Russland zu erreichen. So war man sich vor allem auch in Deutschland darüber einig, dass es im Interesse der deutschen Politik liege, den Stabilitäts- und Sicherheitstransfer nach Osten zu fördern.

In der Russländischen Föderation wurden die Dinge dagegen nur zum Teil so gesehen. Zwar war auch hier der Ausgangspunkt der, dass die europäischen Sicherheitsprobleme unter allen Umständen Russland mit einbeziehen müssten, doch gingen die Meinungen darüber auseinander, wie das im Detail gemacht werden sollte. In Moskau gab es damals ein ganzes Spektrum von unterschiedlichen Auffassungen, wobei eine

davon sogar Russlands Beitritt zur NATO vorsah.

Im Vordergrund der russländischen Interessen stand jedoch stets die OSZE, weil man sich hier den größten Einfluss versprach. Eine Mitarbeit im Nordatlantischen Kooperationsrat (NACC), bei der Partnerschaft für den Frieden (PfP), im NATO-Russland-Rat und auf unterschiedlichen anderen Ebenen erschien Russland nicht zuletzt deshalb als unzureichend, weil gleichzeitig die Osterweiterung des westlichen Bündnisses vorangetrieben wurde. Diese, so empfanden es praktisch alle politischen Strömungen in der Russischen Föderation unisono, widersprach dem russländischen Interesse.

Dagegen glaubte man im Westen lange Zeit sogar daran, dass es möglich wäre, Russland davon zu überzeugen, dass eine Osterweiterung der NATO mit seinen Interessen durchaus verträglich wäre; mehr noch, dass die Osterweiterung aus Stabilitätsgründen auch für Russland wünschbar sein müsse. Bei der Debatte über die künftige europäische Sicherheitsstruktur wurde häufig aneinander vorbeidiskutiert. Dabei hat der Westen die russländischen Perzeptionen nicht selten verkannt. Insbesondere wurde auf westlicher Seite immer wieder von Prämissen

sen ausgegangen, die den eigenen Vorstellungen, nicht aber der Realität entsprachen. Auf sechs solcher falscher Prämissen soll im Folgenden zunächst eingegangen werden, ehe die Frage aufgegriffen wird, welche Momente bei einer künftigen Sicherheitstruktur seitens der NATO-Länder besonders zu beachten sind.

Sechs falsche Prämissen

Erstens: Weithin ist die Vorstellung verbreitet, dass Russland nach wie vor eine Großmacht, wenn nicht gar eine Weltmacht sei. In Wirklichkeit ist es jedoch bestenfalls eine regionale Mittelmacht. Als Handelspartner ist es nur von geringer Bedeutung – Öl- und Gaslieferungen ausgenommen. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich auf die Hälfte von 1990 vermindert und beträgt lediglich zehn Prozent des amerikanischen. Dafür sind die Auslandsschulden (zirka 200 Milliarden D-Mark) erheblich angewachsen.

Die Streitkräfte sind schlecht ausgebildet, unzureichend ernährt, ungenügend gekleidet, nur wenig ausgerüstet und schlecht geführt. Die Moral der Soldaten und ihrer Familien ist ebenfalls desolat. Russland ist so allenfalls eine Verhinderungsmacht ohne nennenswerte aktive Gestaltungskraft. Um sich gegen die tschetschenischen Unabhängigkeitskämpfer durchzusetzen, bedarf es allenfalls einer unverhältnismäßig großen Streitmacht, einer Streitmacht, die sich auf Genocid hin ausgerichtet hat und die nicht politisch zu gestalten vermag. Auch die Perspektiven des Landes sind nicht gerade günstig, denn die Investitionen, insbesondere in Forschung und Entwicklung, sind pro Kopf der Bevölkerung auf einen Bruchteil von 1990 zurückgegangen und sind etwa mit denen Bulgariens oder Pakistans zu vergleichen.

Lediglich in einer Hinsicht spielt Russland immer noch eine globale Rolle: Sein nukleares Potenzial und seine Raketenstreitkräfte verleihen ihm nach wie vor Weltmachtstatus, und Russland ist gewillt, diesen Status auszubauen. Die vom früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt geprägte Metapher eignet sich noch zur Beschreibung der Gegenwart: Obervolta mit Raketen.

Zweitens: Bei den meisten Gesprächen, Verhandlungen und Konferenzen gehen die westlichen Partner davon aus, dass ihr russländisches Gegenüber die Situation und die Rahmenbedingungen ganz ähnlich sieht wie man selbst. Tatsächlich sind aber gerade die Faktoren, die die politische Kultur eines Landes bestimmen (Perzeptionen, Werte, Normen, Einstellungen und Verhaltensweisen), in vielerlei Hinsicht anders. Die Andersartigkeit der politischen Kultur und die Möglichkeit eines *clash of civilizations* werden oft übersehen. Nicht einmal dann, wenn russländische Politiker in ihrer Politik eine Westorientierung erkennen lassen, heißt das, dass sie in ihrem Denken westlich geprägt seien.

Insbesondere wird im Westen häufig übersehen, dass die russländischen Eliten zu wesentlichen Teilen immer noch stark von der Sowjetzeit beeinflusst sind. Einen Elitenaustausch wie in anderen ehemals kommunistischen Ländern hat es im Bereich der GUS nur in geringem Umfang gegeben.

Drittens: Einer der meistgebrauchten Begriffe in den Gesprächen über Russland ist das Wort „Reformen“. Dabei wird in aller Regel von *den* Reformen gesprochen, ohne konkret zu sagen, um welche Reformen es geht. Tatsächlich hat der Begriff für die meisten Diskutanten keine Denotation (Extension), sondern nur eine – ganz überwiegend positive – Konnotation (Intension). So ist es möglich und üblich, beliebige Sachver-

halte mit dem Attribut „Reform“ zu versehen. Auch Extremformen egoistischer Politik lassen sich so mühelos als Reformpolitik apostrophieren. Unter anderen sind es die „Kleptokraten“, die sich gern als Reformer ausgeben.

Die Beliebigkeit dessen, was unter Reformen verstanden wird, wird beispielsweise deutlich, wenn etwa Michail Gorbatschow – zweifellos einer der bedeutendsten russländischen Reformer – pauschal davon spricht, dass *die* Reformer sich wie Elefanten im Porzellanladen benommen hätten.

Viertens: Weit verbreitet ist die Vorstellung von der braven Regierung, die sich mit der bösen Mafia herumschlagen muss. Dabei wird übersehen, dass es in Russland nicht nur eine, sondern eine Mehrzahl von Mafias gibt, die teils miteinander kooperieren oder sich auch wechselseitig bekämpfen und die sowohl mit der Regierung als auch gegen die Regierung arbeiten. Das mag für die „Oligarchen“ (die Chefs der großen Clans) in ganz ähnlicher Weise zutreffen wie für die „Familie“ (die engere Jelzin-Clique).

Nicht selten sind es auch korrumpierte beziehungsweise kriminalisierte Teile der Regierungsstrukturen, die man durchaus als mafios ansehen kann. Die Anzahl der Gruppen organisierter Kriminalität im In- und Ausland wird insgesamt auf 67 geschätzt. Andererseits sind es mitunter sogar Mafia-gruppierungen, die in Teilen des Landes als Ordnungsfaktoren auftreten.

In außergewöhnlichem Maße jedoch sind es die verschiedenen Seilschaften, die aus dem früheren KGB hervorgegangen sind und die heute eine dominierende Rolle in den Regierungsstrukturen spielen. Hier ist vor allem auf die Verknüpfungen zu achten, die sich aus der Tatsache ergeben, dass drei russländische Ministerpräsidenten der letzten Zeit (Primakov, Stepaschin, Putin) in

der Vergangenheit die führenden Funktionen in den Geheimdiensten innehatten. (Evgenij Primakov war Chef des Auslandsgeheimdienstes, Sergej Stepaschin Chef des Inlandsgeheimdienstes und Vladimir Putin Chef der Staatsschutzbehörde und zugleich Sekretär des Sicherheitsrates.) Die heutigen politischen Eliten in der Russischen Föderation sind so in entscheidendem Maße aus KGB-Eliten der Vergangenheit und den gegenwärtigen Geheimdiensten rekrutiert worden. Von allen Seilschaften sind die der „Tschekisten“ deshalb neben den Oligarchen (dem neuen russländischen Geldadel) die einflussreichsten.

Fünftens: Weit verbreitet war und ist zum Teil immer noch die Vorstellung, man könne mit Geld, mit viel Geld, die „Reformen“ vorantreiben, die Marktwirtschaft zum Blühen und die Demokratie zum Gedeihen bringen. Zumindest ließe sich auf diese Weise – so glaubt man – die innenpolitische und wirtschaftliche Lage stabilisieren.

Dabei wird nicht nur übersehen, dass beträchtliche Geldtransfers von West nach Ost schlichtweg unterschlagen wurden. Einiges spricht auch für die Annahme, dass derartige Unterstützungen dazu beigetragen haben, dass der Veränderungsdruck weniger spürbar war. Mit Kapitaltransfers waren weder eine generelle Stabilisierung des Landes noch umfassende positive Veränderungen zu erzielen. Erfolgreicher war hier der situative und der projektbezogene Einsatz von Kapital.

Sechstens: Russländische Äußerungen zur Europapolitik werden häufig zum Nennwert genommen. Hier wird in aller Regel der innenpolitische Kontext der außenpolitischen Rhetorik übersehen. Nicht selten ist die erklärte Außenpolitik so primär auf innenpolitisches Publikum beziehungsweise

auf interne Situationen bezogen. Den jeweiligen Kontext, die Verflechtung zwischen Innen- und Außenpolitik, gilt es im Einzelfall zu analysieren.

Auch darf nicht übersehen werden, dass viele der russischen außenpolitischen Vokabeln eine lange Tradition haben (zum Beispiel „Frieden“ und „Kooperation“) und oft nur wegen ihres Wohlklanges eingesetzt werden.

Schließlich hat sich immer wieder gezeigt, dass russländische Ankündigungen über bestimmte außenpolitische Maßnahmen oder Gegenmaßnahmen (wie beispielsweise im Zusammenhang mit der Osterweiterung der NATO) nur sehr zurückhaltend zu werten sind. Russland fehlen meist die außenpolitischen Machtinstrumente zur Umsetzung seiner Rhetorik, oder aber die entsprechenden Maßnahmen sind für Russland selbst schädlich. Der Machtverfall der Russländischen Föderation hat die frühere Fähigkeit zur Machtprojektion in einem solchen Maße reduziert, dass man im Einzelfall prüfen muss, welchen realen Hintergrund die Erklärungen und Ankündigungen überhaupt haben.

Europäische Sicherheit

Das Vermeiden falscher Prämissen erleichtert es zwar, falschen Schlussfolgerungen aus dem Wege zu gehen, trägt aber von sich aus zur eigentlichen Problemdiskussion noch nicht viel bei. Die Hauptfrage bleibt wohl die, ob die NATO, die Europäische Union inklusive WEU und Russland in eine strategische Partnerschaft zu führen sind, die die liberale Demokratie für ganz Europa in Frieden und Stabilität ermöglicht. Dies ist nicht nur eine innereuropäische, sondern auch eine weitergehende Frage, die zwangsläufig die USA mit einbezieht. Sie

sind die Führungsmacht der NATO und balancieren zugleich die russländische und die deutsche Macht aus.

Allen fällt die Aufgabe zu, für die ost- und mitteleuropäischen Staaten günstige Rahmenbedingungen bei ihrer Einbindung in den europäischen Prozess zu schaffen. Zugleich erfahren diese wiederum am Beispiel der deutschen Einigung, wieviel Geld und Zeit hierfür erforderlich sind.

Eine der Rahmenbedingungen für den Erfolg dieses Prozesses ist die Entwicklung in Russland. Wird sich dieses Land stabilisieren? Wird es sich im Gebrauch militärischer Macht mäßigen? An welchen geschichtsgografischen Linien wird es sich ausrichten? Ist es zu Sicherheitsvereinbarungen an seinen Grenzen bereit, die im Einklang mit den Interessen der künftigen Partner stehen? Wie viel Mitsprache wird es fordern? Und schließlich: Wird Russland darauf verzichten, innenpolitische Konflikte auf außenpolitischem Feld auszutragen?

Die Antworten auf diese Fragen hängen jedoch nicht nur von Russland allein ab. Sie hängen auch davon ab, wie die westlichen Länder sich zu Russland stellen, wieweit sie auf dessen sensitive Sorgen und Befürchtungen einzugehen bereit sind.

Wenn sich die westlichen Länder darüber im Klaren sind, dass eine Isolierung Russlands nicht sehr hilfreich für die europäische Sicherheitsstruktur wäre, so muss jedoch gleichermaßen klar sein, dass eine russische Dominanz sich gegen das eigene Interesse richtet. Überhaupt wird man stets ins Auge fassen müssen, dass jede Form der Einbindung das eine oder andere Vetorecht oder Teilvetorecht oder wenigstens ein *droit de regard* mit sich bringt. Es ist schwer vorstellbar, dass die europäischen NATO-Länder bereit sein könnten, Russland in der Frage der Osterweiterung der-

Kann Russland europäisch werden?

artige Rechte einzuräumen. Das hat man 1999 nicht getan, und Russland musste, wenn es nicht isoliert werden wollte, dies als Tatsache akzeptieren. Im Kontext dieser Diskussion wurde dann auch deutlich, dass Russlands Rhetorik sich letzten Endes als hohl erwies.

Für die Zukunft stellt sich die Frage, ob man auch weiterhin von dieser Erwartung ausgehen darf oder ob Russland seinen Worten dann doch Taten folgen lässt. Die russländische erklärte Politik lässt hier ein unterschiedliches Herangehen erwarten, je nachdem welcher von den beiden folgenden Gruppen die jeweiligen Beitrittskandidaten angehören:

Im Falle der Slowakei, Rumäniens, Bulgariens, Sloweniens, Mazedoniens und Albaniens ist die russländische Haltung ganz ähnlich der, die man im Falle von Polen, Tschechien und Ungarn an den Tag gelegt hatte. Das heißt, es wurden allerhand denkbare Konsequenzen genannt und beschworen, die aber letztlich folgenlos blieben. Ähnliches wäre bei diesen Ländern zu erwarten, wenn über deren NATO-Beitritt debattiert wird.

Im Hinblick auf die baltischen Länder sowie alle die Länder, die der GUS angehören, und dies gilt in besonderem Maße für Estland, Lettland und die Ukraine wegen ihres hohen Anteils an russischen Minderheiten, hat die russische Rhetorik während der Debatte über die NATO-Osterweiterung erkennen lassen, dass Russland hier gewillt ist, andere Saiten aufzuziehen.

Mit anderen Worten: Was die Osterweiterung betrifft, so hat Russland eine „Rote Linie“ zwischen den Staaten der ersten und der zweiten Gruppe gezogen. Das heißt, dass eine zweite Erweiterungsrunde, die sich auf die erste Gruppe beziehen würde, zwar auch auf russischen Widerstand tref-

fen würde, ohne jedoch für Moskau zu einem „Essential“ zu werden. Hier wäre dann erneut vor allem eine „Politik der starken Worte“ zu erwarten. Ganz anderes würde jedoch für die baltischen Staaten oder die GUS-Mitglieder gelten. Hier würde man im Kreml Beitrittsgespräche als Überschreiten der „Roten Linie“ werten, und hier wäre dann auch mit weitergehenden Reaktionen zu rechnen. Nicht einmal militärische Akte der Verzweiflung wären gänzlich auszuschließen, worauf Werner Gumpel bereits hingewiesen hat.

„Rote Linie“ respektieren

Ungeachtet der russländischen Schwäche erscheint es daher angebracht und wichtig, die „Rote Linie“ zu respektieren. Aus Moskauer Sicht kann eine neue Sicherheitsstruktur für Europa diese Linie nicht außer Acht lassen.

Vor allem aber erscheint es wichtig und zugleich dringlich, Russland in möglichst viele Kooperationsstrukturen einzubinden. Die Erfahrungen mit der früheren DDR haben gezeigt, wie ständige politische Kommunikation das Bewusstsein und die Perzeptionen allmählich zu verändern vermag. Zielgruppen könnten hier vor allem die neuen russländischen Eliten sein.

Auf einer Reihe von Kooperationsfeldern ist ein solcher Prozess schon begonnen worden, und zwar über den Bereich der Wirtschaft hinaus. Hier geht es zum einen um eine Kooperation in der Energie-Politik und die Möglichkeit, vielleicht eine gemeinsame Energie-Strategie zu entwickeln. Es geht zum anderen um gemeinsame Bekämpfung der Kriminalität, nicht zuletzt auch der Drogenkriminalität. Ein weiterer Bereich, in dem Kooperation gewissermaßen von der Sache her erforderlich ist, ist

die Nichtverbreitung von Atomwaffen, die „Nonproliferation of loose nukes“. Darüber hinaus wäre die Auseinandersetzung mit Radikalismus und Extremismus eine gemeinsame Aufgabe, und zwar insbesondere dort, wo diese sich terroristischer Methoden bedienen.

Und schließlich sind bisher im militärischen Bereich (zum Beispiel im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“) schon eine Vielzahl von erfolgreichen Kooperationen praktiziert worden. Der Krieg auf dem Balkan hat allerdings auch die Grenzen solcher Kooperationen deutlich werden lassen. Hier sind die wesentlichen Entscheidungen mit wenigen Ausnahmen ohne Russland gefallen. Von einer Einbindung konnte eigentlich kaum die Rede sein, allenfalls von einer – meist nachträglichen – Anbindung. Dass auch die Rolle, die die Europäer vor und während dieses Krieges spielten, im Vergleich zu den USA nur von eher geringer Bedeutung war, wertet die russländische Position nicht auf. Und auch die Moskauer Versuche, über die UNO oder die OSZE besser ins Geschehen zu kommen, waren erfolglos. Die alte Invariante russischer Politik, mit Hilfe der OSZE das System europäischer Sicherheit zu koordinieren und somit die OSZE an die Spitze der künftigen europäischen Sicherheitsstruktur zu heben, fand keine Zustimmung im NATO-Bündnis.

Ungeachtet der Prämisse, dass Russland nicht isoliert werden dürfe, gibt es einige Überlegungen, die bei der Frage der Einbindung berücksichtigt werden müssen:

- dass in der Frage eines neuen Sicherheitssystems für Europa der Einfluss der NATO zu Gunsten der OSZE nicht zurückgehen darf;
- dass Russland mit Hilfe der Neutralen (Österreich, Finnland, Schweden, Irland)

und unter Mitwirkung der GUS-Länder ein eigenes Sicherheitssystem nicht ohne die NATO anstreben sollte;

- dass Russland so wie früher zur Sowjetzeit die vermuteten „Widersprüche zwischen den USA und den Europäern“ möglicherweise gegeneinander auszuspielen versucht;
- dass auch nur der Eindruck entstehen könnte, es gäbe eine Chance für Russland, Deutschland zu seinem Hauptverbündeten zu gewinnen. Ein Wiederaufgreifen von Rapallo-Ideen liegt weder im euro-atlantischen noch im speziell deutschen Interesse;
- dass Russland den Wunsch der NATO-Länder, eine Isolierung der Russländischen Föderation zu vermeiden, dazu auszunutzen könnte, Vetorechte, Teilvetorechte oder auch nur ein *droit de regard* zu institutionalisieren.

Die mittelfristige Russland-Strategie der EU zielt darauf ab, so hat es ein Kenner der Materie gesagt, das Land so weit wie möglich an die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Strukturen Europas anzubinden, ohne es einzubinden. Etwas weniger pauschal könnte man formulieren, dass die eigentliche Frage nicht darin besteht, ob man Russland entweder einbinden oder anbinden solle, sondern darin, unter welchen Umständen und unter welchen Rahmenbedingungen eine Einbindung oder Anbindung oder aber auch eine Isolierung sinnvoll erscheint. Auf die Option der Isolierung sollte jedenfalls nicht verzichtet werden, auch dann nicht, wenn das längerfristige politische Ziel in der Ein- oder Anbindung besteht. Mit anderen Worten: Russland wird damit rechnen müssen, dass es einen Preis zahlen muss, wenn es die Interessen der euro-atlantischen Gemeinschaft in seiner Politik außer Acht lässt.

Elisabeth Noelle-Neumann, Hans Mathias Kepplinger, Wolfgang Donsbach: *Kampa – Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998, Freiburg (Breisgau) und München 1999, 288 Seiten, 59 DM.*

Instruktiv und spannend informiert der Band „Kampa – Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998“ über die Ursachen des dramatischen Machtwechsels. Der Titel verweist darauf, dass die SPD mit ihrer seit langem und systematisch ausgearbeiteten Strategieplanung unter der Bezeichnung „Kampagne“ den Stil, die Größenordnung und das Tempo des Wahlkampfes beherrscht hat. Es lässt sich absehen, dass es keinen Weg zurück hinter dieses Modell geben wird. Es hat die politische Landschaft verändert.

Das Buch präsentiert Ursprung, Aufbau und Ergebnisse eines wissenschaftlichen Projekts, das die SPD-Kampagne zum Gegenstand hatte. Elisabeth Noelle-Neumann schildert im Vorwort, wie es ihr gelang, dass „drei Gruppen von Kommunikationswissenschaftlern mit Mitglie-

dem aus drei Generationen sich zusammenfinden“ konnten, um ein so groß angelegtes Projekt auszuarbeiten und zügig zu verwirklichen. Außer dem Institut für Demoskopie Allensbach standen auch die personellen Ressourcen der kommunikationswissenschaftlichen Universitätsinstitute in Mainz und Dresden zur Verfügung. Die Professoren Hans Mathias Kepplinger und Wolfgang Donsbach leiteten die Arbeitsgruppen und verfassten die Berichte. Beide kommen aus der „Mainzer Schule“, beide

gelesen

sind mit den Methoden und Problemen der Meinungsforschung und der Medieninhaltsanalyse bestens vertraut. Beide kennen sich in der historisch-politischen Dimension des Themas aus. Kurzum: Das Projekt stellt einen Glücksfall wissenschaftlicher Kooperation dar, wie ihn auch erfahrungsgewohnte Forscher nur selten erleben.

Die Freude, an einem empirischen Vorhaben solcher Größenordnung gestaltend mitwirken zu können, wobei das „Design“ wissenschaftliche Fragestellungen nicht nur als Nebeneffekte zuließ, sondern ausdrück-

lich einschloss, lässt sich bis in die Sprachgestalt ihrer Berichte hinein verfolgen.

Der Leser trägt doppelten Gewinn davon: Von Einzelheiten methodologischer Art bleibt er weitgehend verschont; wenn er sie genauer erfahren will, kann er sie dem letzten Kapitel entnehmen; wenn er es ganz genau wissen möchte, muss er auf die detaillierte Publikation der Einzelstudien warten. Umso durchsichtiger bleibt die Architektur des Ganzen, umso deutlicher treten die erzielten Erkenntnisse zu Tage.

Warum und wie die SPD gewonnen hat, auf diese Frage gibt die Studie klare Antworten: Weil sie die Spielregeln der neuen Ära der Medienherrschaft bedenkenlos, beharrlich und mit großem Einsatz nutzte. Dazu gehört, dass Politiker, um gewählt zu werden, in allen Situationen Siegeszuversicht ausstrahlen, dass sie über ihr Programm nur großartig Unverbindliches verlautbaren, dass sie weder ihre Vorurteile noch ihre Grundsätze zu erkennen geben und dass sie vor keiner Macht der Welt zurückschrecken, weder vor Thomas Gottschalk noch vor Bill Clinton. Am allermeisten kommt es aber darauf an, dass ihnen die abend-

lichen Sendungen des deutschen Fernsehens hold gesonnen sind.

Das gehört zu den wichtigsten Befunden der hier besonders gründlich vorgenommenen Panel-Befragungen: Nichts beeinflusst die Einstellung von mehr Wählern stärker und nachhaltiger als die abendlichen Informationssendungen des Fernsehens. In den Jahren der Regierungszeit Helmut Kohls ließ sich exakt messen, wie Feiertage und Ferien mit ihren langen Abenden ungestörter Fernsehnutzung die Stimmung gegen die Regierung förderten, in geringerem Maße auch manche Wochenenden. Die alte Journalistenregel, dass schlechte Nachrichten eigentlich die guten sind, weil sie vom Publikum höher geschätzt werden, zeigte in allen untersuchten Programmen, den öffentlich-rechtlichen wie den privaten, ihre praktischen Auswirkungen.

Es gelang dem unermüdlichen „Kampa“-Strategen Franz Müntefering, den Eindruck zu vermitteln, dass SPD-Wähler auf jeden Fall auf der Gewinner-Seite stehen würden. Die geographisch wie politisch unbestimmte „Neue Mitte“ verhieß sowohl die Freuden des Wechsels mit seinen die

Langeweile beendenden Attraktionen wie auch die Vermeidung allzu scharfer Kanten; „Mitte“ sollte es ja auf jeden Fall bleiben, und die lange aufrechterhaltene Doppelspitze aus zwei so verschiedenen Profilen wie Lafontaine und Schröder nährte die Erwartung, es könne von beiden das Beste zusammengepackt und für die Zukunft verwendet werden.

Als erfolgreich erwies sich auch der Entschluss Münteferings, das „Kampa“-Hauptquartier nicht nur personell, sondern auch räumlich von der Parteizentrale zu trennen. Das erleichterte rasches Durchgreifen und schirmte ab gegen Irritationen aus dem in seinen Eigeninteressen verfestigten Apparat. Genaue Zahlen über die Kosten waren nicht zu erfahren, doch ist ersichtlich großzügig geplant und eingekauft worden. Mehr als tausend Mitarbeiter waren „in Vollzeit für einen SPD-Wahlsieg“ tätig. Acht Partner-Agenturen wurden zusätzlich engagiert, dazu ein Meinungsforschungsinstitut. Fachleute der Werbe-Branche zeigten sich beeindruckt. „Kampa“ erhielt Preise beim „Kreativwettbewerb des Art Directors Club“ und beim Journalistenpreis des Springer Ver-

lags, wie Diana von Webel in ihrer mustergültigen Recherche feststellen kann.

Daneben wurde die herkömmliche Kleinarbeit nicht versäumt. Eigene Pressemitteilungen fütterten die Nachrichtenagenturen. Regionalbüros, die von den Parteigliederungen unabhängig agierten, und viele Einzelkämpfer mobilisierten die „Massen“. Die Rechnung ging auf: Von 328 Wahlkreisen wurden 212 direkt erobert.

Ein bedeutendes Moment des Erfolgs bildete die Beharrlichkeit der „Macher“. Wenn die Wahlkämpfer selbst so weit waren, dass sie einen Satz in ihren Äußerungen nicht mehr hören konnten, fingen die Wähler gerade an, Notiz von seinem Inhalt zu nehmen. Diese Erkenntnis bewahrte „Kampa“ vor den Folgen jener Insider-Nervosität, der viele Propaganda-Apparate zu ihrem Schaden erliegen. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Mediatisierung der Politik als Ursache oder Wirkung zu verstehen ist. Durchgehend ließ sich feststellen: Nicht mehr die Ereignisse selbst in ihrer mehr oder weniger unverstellten Faktizität sind es, die dem Staatsbürger zur Kenntnis gebracht werden, um seine Meinungsbildung zu

ermöglichen, sondern in erster Linie die Bewertungen der Ereignisse durch unterschiedliche Bericht-erstat-ter, Kommentatoren und Politiker in den aktuellen Medien. Der Wettbewerb gegeneinander gerichteter Vorwürfe beherrscht die Szene. Besondere Aufmerksamkeit erreichen Politiker und Journalisten, die sich gegen die Generallinie ihrer Partei oder ihrer Organisation äußern. Dazu passt, dass an Fakten orientierte Sendungen im Fernsehen kaum mehr als dreißig Prozent der Programmzeit ihrer Sparte füllen, siebzig Prozent bestehen aus Kontroversen, Meinungen, „Einschätzungen“. Die zur wissenschaftlichen Methode ausgebaute Demoskopie hat es in den vergangenen Jahrzehnten erreicht, dass sie die seit Jahrhunderten aus persönlichen Beobachtungen gespeisten, in ihrer Interpretation jedoch weithin spekulativen Hypothesen über Inhalte, Zustandekommen und „Wesen“ der „Öffentlichen Meinung“ durch empirisch gesicherte Thesen ersetzen konnte. Wiederholte Panel-Befragungen (desselben Personenkreises zu verschiedenen Zeiten mit weitgehend denselben oder thematisch verwand-

ten Fragen) gaben die Möglichkeit, Entwicklungen von „Öffentlicher Meinung“ nach ihren Inhalten, ihrer Stärke und ihrer Verteilung genau zu verfolgen.

Mit der Entdeckung der Isolationsfurcht konnte der wichtigste und allgemeinste psychologische Mechanismus, der bei der Bildung und Wandlung der „Öffentlichen Meinung“ wirksam ist, als Gegenstand der Forschung dingfest gemacht werden. Die Theorie der Schweigespirale bot das Instrumentarium für Analytik und Prognostik.

Kehrt das Meinungsführerkonzept zurück? Vor gut einem halben Jahrhundert hatten Lazarsfeld, Berelson und Gaudet ihre Entdeckung beschrieben, dass nicht alle Mitglieder einer Bevölkerungsgruppe beim Zustandekommen von „Öffentlicher Meinung“ eine gleich wichtige Rolle spielen. Sie machten vielmehr eine Reihe von „Meinungsführern“ aus, die früher als die anderen auf neue Gedanken kamen, ihre Einstellungen änderten und mit größerer Wirkung andere beeinflussen konnten. Dieses Konzept der „Meinungsführer“ wurde in der *Kampa-Studie* einer generellen Prüfung unterzogen, nachdem es in der Vergangenheit

auch zweifelnde Kritik erfahren hatte.

Dabei gelang es, die bisher hauptsächlich aus ihren Wirkungen auf andere definierte (oder postulierte) Figur des „Meinungsführers“ in ihrem Persönlichkeitsbild selbst zu fassen und sie damit identifizierbar zu machen. Elisabeth Noelle-Neumann entwickelte ein bestimmtes Set von Eigenschaften, die „Persönlichkeitsstärke“ ausmachen; daran lassen sich „Meinungsführer“ frühzeitig erkennen. Regelmäßig treten neue und geänderte Meinungen bei ihnen früher in Erscheinung als bei den Übrigen, in unterschiedlichen Abständen. Ihre Vorreiterrolle ermöglicht es, Meinungsänderungen der Allgemeinheit vorauszusagen, und zwar mit erstaunlicher Genauigkeit. Das trifft besonders zu und findet besondere Aufmerksamkeit bei Befragungen, die im Vorfeld von Wahlen stattfinden.

Für die Vermutung, die Unionsparteien hätten 1998 besser abgeschnitten, wenn sie nicht mit dem Spitzenkandidaten Kohl in den Kampf gezogen wären, fanden die Meinungsforscher keine Bestätigung. Im Gegenteil: Ohne den „Kanzler der Wiedervereinigung“

hätte die Union eher schlechter abgeschnitten. „Das Bild, das die CDU/CSU in der Öffentlichkeit abgab, war wesentlich schlechter als das Bild, das Kohl vermittelte. [...] Kohl war nicht die Ursache der Wahlniederlage einer ansonsten aussichtsreichen CDU/CSU – er war der Kristallisationskern des Unmuts in weiten Teilen der Bevölkerung über die Politik der amtierenden Regierung.“ (Kepplinger)

Wenn es eine besonders eindrucksvolle Gelegenheit gibt, die Zuverlässigkeit demoskopischer Ergebnisse zu prüfen, dann ist es die Wahlprognose. Kurz vor dem Wahltermin wird ermittelt, welche Entscheidung die Wähler beabsichtigen, das Ergebnis wird geheim gehalten und erst nach dem Schluss des Wahlvorgangs veröffentlicht. Das geschah auch bei der Bundestagswahl 1998. Vier Institute (Forsa, Infratest Dimap, Emnid und die Forschungsgruppe Wahlen) erwarteten „eine knappe Wahlentscheidung, ein Kopf-an-Kopf-Rennen, das mit Chancen für einen Sieg des Regierungslagers kurz vor dem Wahltag endete. Nur die Allensbacher Daten zeigten einen klaren Vorsprung der Opposition. Am Wahlabend des 27. September er-

wies sich, dass die Allensbacher Wahlprognose die einzig wirklich zutreffende war und damit die zwölfte Allensbacher Bundestagsprognose seit 1957, die bei einer durchschnittlichen Abweichung von etwa einem Prozent das tatsächliche Ergebnis klar und zutreffend vorausgesagt hatte.“ (Noelle-Neumann)

Die Genugtuung über diesen Erfolg lässt sich gut verstehen. Er ist das hart erarbeitete Resultat jahrzehntelanger Praxis und Forschung in einem internationalen Kontext, auch die Frucht eines in dieser Art einmaligen Datenarchivs. So wird mit der *Kampa-Studie* der Nachweis erbracht, dass es mit einem reichhaltigen, auf große Erfahrung gestützten Methoden-Mix (Panel-Befragungen, Inhaltsanalysen und Zeitgeschichte) gelingt, aus dem vagen Schema „Öffentliche Meinung“ jenes farbige, bewegliche, kraftvoll lebende Wesen entstehen zu lassen, um das es sich in Wirklichkeit handelt. Man kann auch sagen: Aus der unregelmäßigen Folge nur wenig zusammenhängender Momentaufnahmen ist ein Film geworden, der eine Geschichte erzählt und die in ihr wirkenden Kräfte verstehbar macht.

Wolfgang Donsbach (Technische Universität Dresden) formuliert ein wichtiges Ergebnis seiner Untersuchung in der Überschrift seines Beitrags: „Sieg der Illusion.“ Er hat herausgefunden, dass die Bevölkerung in erstaunlichem Maße unfähig ist, die Lage der Wirtschaft des eigenen Landes zu verstehen und zu beurteilen. Sie begreift nur einen geringen Teil der von Fachleuten vorgetragenen Befunde und Bewertungen. Grundlegende Begriffe und Daten sind ihr fremd. Umso mehr bleibt sie angewiesen auf pauschal formulierte, meist grobe Einschätzungen; aber sie nimmt sie eben hin.

Entsprechend unbefriedigend fiel die Berichterstattung aus: Nur zwei Prozent der untersuchten Medienbeiträge befassten sich mit Ursachen und Folgen der Arbeitslosigkeit, obwohl Arbeitslosigkeit von allen Beteiligten als Hauptthema des Wahlkampfes bezeichnet wurde. Nur drei Prozent der Medienbeiträge widmeten sich den Folgen der Verlagerung von Investitionen ins Ausland. Für die Regierung Kohl gab es überwiegend schlechte Noten; die größere Kompetenz zur Lösung der Wirtschaftsprobleme wurde dem Angreifer

Schröder zugesprochen. „Von einer ausgewogenen Berichterstattung kann dort, wo sie medienrechtlich erwartet wird, keine Rede sein.“ (Donsbach)
Die SPD-Kampagne hat offenbar das Problem Arbeitslosigkeit zwar selbst in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt, aber „von seinen realen Ursachen entkoppelt, und die Medien haben diese Rhetorik weitgehend mitgetragen“. Der Wahlkampf ist somit in einem „virtuellen Bereich geführt und gewonnen“ worden. Der niedrige Informationsstand in Sachen Wirtschaft machte dies möglich. Begriffe wie „Neue Mitte“, „Innovation“, „Soziale Gerechtigkeit“ bildeten die Aura des künftigen Siegers, aber nur vier Prozent der Wähler konnten einen Zusammen-

hang zwischen Lohnkosten und Arbeitslosigkeit ausmachen.

Genau genommen enthält das Buch über das *Kampa*-Projekt drei Bücher in einem Band:

Es unterrichtet sachlich-umstandslos über die Fakten der Wahlkampagne der SPD für die Bundestagswahl 1998, beginnend mit den Vorbereitungen 1994/1995. Es klärt in methodischen Schritten und damit allgemein verständlich über die Wissenschaft auf, die es heute erlaubt, die „Öffentliche Meinung“ nach Inhalten und Formen, in ihrer Entstehung, in ihren Veränderungen und in ihrer Wirkung auf Wähler-Entscheidungen zu verstehen.

Es lehrt durch sein eigenes Beispiel, wie es möglich ist, durch Kooperation in For-

schung und Darstellung eine ungewöhnliche Dichte von Wissen zu vermitteln ohne Zugeständnisse an vermeintliche Infotainment-Bedürfnisse der Leser. Nicht das unwichtigste Ergebnis besteht in der Ahnung, dass die hochgesteigerte Optimierung der Kampagne auch die Tiefe der Enttäuschung erklären dürfte, die bei vielen Wählern eintrat, als sie im ersten Jahr der Regierung Schröder bemerken mussten, wie gründlich sie sich über die Folgen ihrer Entscheidung getäuscht hatten.

Alles in allem liegt hier auch ein Meisterwerk der Wissensvermittlung vor und der Aufklärung über die ungewollten Folgen eigener Willensbildung.

Otto B. Roegele

Wundmale

„Am meisten erbost das Volk nach dem Sturz der DDR der angebliche Luxus der Herrschenden, der eher dürftig war. Vorwürfe wegen Machtmissbrauch und schikanöser Bevormundung hörte man kaum. Nur die Psychiater verwahren in ihren Krankenberichten die Wundmale des nicht verkrafteten Unrechts.“

(Henryk Bereska, *Ausgewählte Werke, Aphorismen* 1999)